

Grenzüberschreitend Grünräume schützen

Die Zersiedlung und der Druck auf die siedlungsnahen Grünräume nehmen im Schweizer Mittelland weiter zu – trotz allen raumplanerischen Bemühungen. Die Fachstelle Landschaft und Regionalentwicklung am Institut für Umwelt und Natürliche Ressourcen der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) hat einen Verhandlungsleitfaden mit Argumentarium für Gemeinden erarbeitet, die grenzüberschreitend siedlungsnahen Grünräume schützen wollen.

Vor allem in prosperierenden Mittellandgemeinden, deren Bevölkerung weiter wächst, besteht eine grosse Nachfrage nach zusätzlichem Wohnraum. Das bringt eine weitere Ausdehnung der Siedlungsgebiete mit sich und erhöht den Druck auf die siedlungsnahen Grünräume. Diese Gebiete erfüllen jedoch nicht nur wichtige Funktionen als Lebensräume von Tieren und Pflanzen, sie sind auch wertvolle Erholungs-, Nutzungs- und Identifikationsräume für den Menschen. Die Siedlungs- und Verkehrsentwicklung, die Landwirtschaft, die Versorgung, die Naherholung sowie der Natur- und Landschaftsschutz stellen vielfältige Ansprüche an diese Grünräume. Die unterschiedlichen Interessen führen zu Nutzungskonflikten und zu komplexen Problemstellungen für die Entscheidungsträger/innen in den Gemeinden. Grundlegende Überlegungen zur Entwicklung der Grünräume werden immer wichtiger.

Wo und um wie viel die Siedlungen wachsen und welche Grünräume langfristig erhalten bleiben sollen, sind wichtige Fragestellungen im Planungsprozess einer Gemeinde. Die meisten Erholungsgebiete und Lebensräume enden jedoch nicht an den Gemeindegrenzen, sondern erstrecken sich über mehrere Gemeinden, wenn nicht sogar Regionen. Damit diese Grünräume erhalten bleiben, sollen sie überkommunal entwickelt und gezielt von Überbauungen freigehalten werden. Ein prozesshaftes Vorgehen und eine überkommunale Sichtweise sind deshalb notwendig, um Grünräume, deren Freihaltung aus regionaler Sicht prioritär ist, in die Raumplanung miteinzubeziehen.

Das Projekt

«Überkommunale Grünräume»

Im Rahmen des Projekts «Überkommunale Grünräume» wurden praxistaugliche Instrumente entwickelt, welche die Entscheidungsträger/innen in den Gemeinden beim Verhandlungsprozess zur Festlegung von vorrangigen über-

kommunalen Grünräumen unterstützen. Denn wenn Grünräume gezielt freigehalten und entwickelt werden sollen, erfordert dies ebenso eine Sensibilisierung für die Thematik der gefährdeten Grünräume wie auch einen Verhandlungsprozess zwischen den betroffenen Gemeinden und mit den verschiedenen Akteurinnen und Akteuren.

Das Ergebnis des Projektes sind zwei Instrumente – ein Verhandlungsleitfaden und ein Argumentarium. Sie sollen einen zielorientierten, breit abgestützten Verhandlungsprozess unterstützen. Die beiden Instrumente wurden in mehreren Workshops mit Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern der Aargauer Gemeinden Muri, Merenschwand und Benzenschwil sowie mit Vertretern der Region Oberes Freiamt und der Abteilungen Raumentwicklung und Landschaft und Gewässer des Kantons Aargau überprüft und weiterentwickelt. Die Instrumente wurden am konkreten Projektgebiet der drei beteiligten Gemeinden angewandt und getestet.

Arbeitsinstrumente: Argumentarium und Verhandlungsleitfaden

Das Argumentarium beschreibt die vielfältigen Funktionen sowie die Gefährdung überkommunaler Grünräume und hilft, Entscheidungsträger/innen, betroffene Akteurinnen und Akteure und die Bevölkerung von der Notwendigkeit zu überzeugen, deren Entwicklung zu überdenken und Massnahmen zu ihrer Erhaltung zu treffen. Mit verschiedenen Argumenten zeigt es die Bedeutung von Grünräumen für die Siedlungsentwicklung, die Landwirtschaft, die Naherholung, die naturnahen Lebensräume und die intakte Landschaft als Standort- und Identitätsfaktor auf. Es sensibilisiert dafür, der Gefährdung qualitativ hochwertiger Grünräume entgegenzuwirken und hilft, den Prozess anzustossen und im späteren Verlauf notwendige Massnahmen zu vertreten. Das Argumentarium kann während des ganzen Prozesses bei allen beteiligten Personen und jenen, die daran interessiert sind, eingesetzt werden. Weil es insbesondere in der Startphase für die Gewinnung von



Dank einem zielorientierten Verhandlungs- und Entwicklungsprozess können Grünräume als wichtiges Gesicht werden.

möglichen Partnergemeinden eine wichtige Funktion erfüllen kann, sollte es so früh wie möglich angewandt werden. Bei Bedarf kann es während des Prozesses mit weiteren Argumenten oder neuen Erkenntnissen erweitert werden.

Der Verhandlungsleitfaden kommt zur Anwendung, wenn mehrere Gemeinden ihre Grünraumplanung gemeinsam angehen oder überarbeiten wollen. Er erläutert schrittweise ein mögliches Vorgehen für einen gemeinsamen Prozess zur Sicherung und Aufwertung überkommunaler Grünräume. Der Leitfaden hat zum Ziel, die zukünftige Entwicklung mit einem überregionalen Blick anzugehen und dazu Interessen, Synergien und Konflikte zu erkennen, Schwerpunkte festzulegen und ein breit abgestütztes Ergebnis zu erhalten, das auch umgesetzt wird. Er zeigt ein mögliches Vorgehen auf, um diesen Prozess unter Einbezug vorhandener Grundlagen einzuleiten und in bestehende Planungsinstrumente einzubetten. Er definiert die inhaltlichen Arbeitsschritte und zeigt auf, wann und wie Entscheidungsträger/innen und Akteursgruppen mit zielgerichteter Partizipation einbezogen werden können.

Prozesshaftes Vorgehen als Schlüsselement

In komplexen Raumentwicklungsfragen scheitern «von oben verordnete» Planungen bei der Umsetzung häufig an der mangelnden Akzeptanz seitens der Betroffenen. Gerade dann, wenn zahlreiche Akteurinnen und Akteure sowie Interessen involviert sind, lohnt es sich, einen durchdachten und klar konzipier-



Kapital der Region und der Gemeinden für die Zukunft
Bild: ZHAW

Arbeitsinstrument in der Praxis

Die Publikation «Verhandlungsleitfaden und Argumentarium für «Überkommunale Grünräume»» der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften erläutert schrittweise ein mögliches Vorgehen für den Prozess zur Sicherung und Aufwertung überkommunaler Grünräume. Die 55 Seiten umfassende Broschüre zeigt, wie in einem prozesshaften Vorgehen die gesetzlichen Voraussetzungen analysiert, wie Nutzungsschwerpunkte definiert, Konfliktpotenziale eruiert und bereinigt und schliesslich ein breit abgestütztes Konzept erarbeitet werden kann. Das darin enthaltene Argumentarium zeigt die vielfältigen Funktionen und auch die Gefährdung überkommunaler Grünräume auf und hilft den Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern, betroffene Akteurinnen und Akteure von deren Bedeutung zu überzeugen. Unterstützt wurde die Erarbeitung der Publikation durch die Sophie und Karl Binding Stiftung, die sich zum Ziel gesetzt hat, einen Beitrag zum Stopp der Zersiedelung in der Schweiz zu leisten. Die Broschüre ist ein praxistaugliches Arbeitsinstrument, das den Verhandlungsprozess und die einzelnen Verhandlungsschritte aufzeigt, Arbeitshilfen zur Verfügung stellt und Best-Practice-Beispiele aus der Schweiz präsentiert. Sie richtet sich an Fachpersonen und Entscheidungsträger/innen aus den Bereichen Raum- und Landschaftsentwicklung.

Informationen und Bestellung der Broschüre für 35 Fr. bei der Fachstelle Landschaft und Regionalentwicklung: www.iunr.zhaw.ch/lare



Die Broschüre zeigt unter anderem die einzelnen Verhandlungsschritte auf und stellt Arbeitshilfen zur Verfügung. Illustration: zvg

ten partizipativen Planungsprozess durchzuführen, der Betroffenen gezielt Möglichkeiten für den direkten Dialog und die Konsensfindung bietet. So werden Betroffene zu Beteiligten, was die Akzeptanz für die Umsetzung deutlich erhöht. Indem die beteiligten Gemeinden einen Verhandlungsprozess für die Sicherung und Aufwertung überkommunaler Grünräume gemeinsam durchführen, werden sie für die ökologische und soziokulturelle Bedeutung der überkommunalen Grünräume als zunehmend wichtiger Standortfaktor sensibilisiert. Die Zusammenarbeit kann die Motivation erhöhen, Grünräume überkommunal zu erhalten und aktiv zu gestalten. Die gemeinsame, systematische Analyse im Prozess lässt die verschiedenen betroffenen Akteurinnen und Akteure und deren Interessen erkennen sowie die Nutzungsschwerpunkte und Konflikt- und Synergiegebiete räumlich identifizieren.

Bei der Erarbeitung eines gemeinsamen Grünraumkonzeptes entwickeln die Gemeinden eine gemeinsame Stra-

tegie, um die vorrangigen überkommunalen Grünräume raumplanerisch freizuhalten und deren Qualität zu fördern, indem sie sich mit den Entwicklungszielen für die einzelnen Grünräume auseinandersetzen und diese festlegen. Sie fördern durch Verhandlungen mit betroffenen Akteurinnen und Akteuren die Konsensfindung und somit die Akzeptanz der Entwicklungsziele für einzelne Grünräume und sorgen mit geeigneten Verfahren und Kommunikationsprozessen für die Mitwirkung der Bevölkerung. Der Verhandlungs- und Entwicklungsprozess schafft eine solide Basis, um die Freihaltung und Qualität der Grünräume durch geeignete Planungsinstrumente langfristig zu gewährleisten und sie als wichtiges Kapital der Region und der Gemeinden für die Zukunft zu sichern.

Manuel Bamert und Stefanie Jakob, Institut für Umwelt und Natürliche Ressourcen, Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften